

Laibacher Zeitung.



Nr. 242.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzl. 50 kr., halbj. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 22. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1875.

Amtlicher Theil.

Heute wird das IX. Stück des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain pro 1875 ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter

Nr. 22

die Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom 19. Juli 1875, Z. 2868, mit welcher Bestimmungen über die Einrichtung der Schulkäuser der öffentlichen Volksschulen und über die Gesundheitspflege in diesen Schulen für Krain erlassen werden, und unter

Nr. 23

die Kundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 30sten August 1875, Z. 5650, betreffend den Tarif zur Entlohnung der Privatlehrer für die Erprobung und periodische Untersuchung der Dampfkessel.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird.

Laibach, am 22. Oktober 1875.

Von der Redaction des Landesgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Die wiener Journale knüpfen zumeist an den Schluß der Delegationen und namentlich an die Schlussrede des Präsidenten der österreichischen Delegation, Ritter v. Schmerling, an, um die Aufgaben, die des Reichsrathes harren, einer eingehenden Besprechung zu unterziehen.

So hält die Deutsche Zeitung die Schlussworte Schmerlings genügen, um den Reichsrath zu energischem Fortschreiten auf der Bahn anzueifern, welche aus der Misere der Gegenwart hinausführt. Viel wichtiger, aber noch ist nicht die Gelegenheit dahin, die Bedingungen neuen Wohlstandes zu schaffen.

Das Neue Fremdenblatt verweist auf den rationalen Umschwung der Anschauungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Voriges Jahr war der allgemeine Ruf: „Bau neuer Eisenbahnen.“ Heute — nachdem mittlerweile Fachmänner austraten, welche ein gründliches Wort über Eisenbahnwesen sprachen, vor dem die Phrase sich in ihr Nichts zurückziehen mußte, — ist man vorfichtiger geworden. Das Blatt verspricht, nach der Reue freie Presse findet in der Schlussrede Schmerlings einen bedeutsamen Anhaltspunkt, um der Regierung nahezu legen, sich des Brüstungsgebankens international zu bemächtigen. Leider glaubt es Blatt keine Hoffnung zu haben, daß die Regierung ein solches

Streben unterstützen werde. Gleichwol werde diese Idee weiterdringen, sich immer wieder von neuem einstellen und schließlich auch den Erfolg für sich haben, der sich noch keiner edlen Menschheitsidee dauernd versage.

Die Presse bemerkt, die Zollpolitik werde der beginnenden Campagne des Reichsrathes vor allem ihren Stempel aufdrücken. Die Leidenschaften werden sich erhitzen, — es werden Dissenfe entstehen und wieder ausgeglichen werden; man wird principiell Fehden ausfechten; im Parlamente und außerhalb desselben werden Schlagworte hageldicht fallen, hinter denen sich Gruppen-Interessen verstecken. Schließlich aber, dessen ist das Blatt überzeugt, werden Regierung und Majorität sich über eine Lösung einigen, die der Wohlfahrt des Staates und der Interessen seiner Bewohner gerecht wird.

Die Vorstadt-Zeitung verurtheilt die bisherige Passivität des Abgeordnetenhauses in volkswirtschaftlichen Dingen und erklärt offen und rückhaltlos, daß sie nicht allzusehr von Bewunderung über die Brestel'sche Sparpolitik erfüllt ist. Diese Politik unterscheidet sich in ihrer praktischen Wirkung in nichts von dem Gründungsschwindel. Dieser bedeutet das Volk aus, während sein Gegenpart — die Sparpolitik — das Volk auspreßt. Das genannte Blatt wendet sich sodann gegen die andere Autorität des Abgeordnetenhauses, Dr. Herbst. — Dieser sei wahrlich ein Stern erster Größe, aber ein Unglücksstern für die Partei, die ihm blindlings folgt. Der reichen Fähigkeit dieses Mannes ist die eine Gabe, die den wahrhaften Staatsmann charakterisiert — erfolgreich und gestaltend zu wirken und die mühsam errungenen Schöpfungen zu erhalten — versagt geblieben. Am allerwenigsten sei er zum Führer geschaffen, dem man mit geschlossenen Augen folgen darf.

Das Fremdenblatt meint, daß bisher die Schuld des Abgeordnetenhauses, auf wirtschaftlichem Gebiete nichts gethan zu haben, durch die Mitschuld der Regierung gemildert wurde. Nunmehr aber sei in die Räume des Barbarastiftes (Handelsministerium) ein neuer Geist eingeblasen, dem das Blatt das Zeugnis zielbewußten und energischen Vorgehens mit Befriedigung ausstelle. Das Abgeordnetenhaus möge nur dort nicht verweilen und hindern, wo die Regierung zu handeln endlich Wiene macht. Auf dem Gebiete der Eisenbahnpolitik darf sich das Abgeordnetenhaus der Initiative der Regierung getrost überlassen.

Das Illustrierte wiener Extrablatt begrüßt die Abgeordneten mit dem Lösungsworte: „Die wirtschaftlichen Fragen voran!“ — Europa — meint das Blatt — wird so schnell nicht abrüsten und so lange müssen auch wir den schweren Kriegspanzer tragen.

Der mailänder Besuch des deutschen Kaisers wird von der französischen und englischen Presse lebhaft commentiert. Als übereinstimmender Gesichtspunkt tritt dabei die Betonung der friedlichen Tendenzen und Zwecke der Monarchenbegegnung hervor und es darf immerhin hervorgehoben werden, daß selbst in der französischen Presse die sympathische, zum mindesten die völlig inoffensive Besprechung des Ereignisses überwiegt. Dies constatirt auch der Moniteur, der sein Urtheil in nachstehenden Worten zusammenfaßt: „Die Commentare, zu welchen die Begegnung des Kaisers Wilhelm und des Königs Victor Emanuel Anlaß gibt, lassen erkennen, daß die Ideen der Beschwichtigung in der letzten Zeit allenthalben Fortschritte gemacht haben. Zu anderen Zeiten hätte die Zusammenkunft der beiden Souveraine vielleicht gewisse Besorgnisse wachgerufen und die öffentliche Meinung hätte nicht ermangelt, in ihr den Keim von Schwierigkeiten zu erblicken. Heute sind aber die bedeutendsten Organe nicht bloß in Deutschland und Italien, sondern auch in dem übrigen Europa darin einig, die mailänder Entrevue für ein recht friedliches Ereignis anzusehen, welches also Frankreich durchaus keine Unruhe bereiten darf. Es ist dies ein erfreuliches Symptom, von dem wir mit Vergnügen Act nehmen.“

Auch das in derartigen Fragen weit weniger reservierte XIX. Siècle widmet der Reise des Kaisers einen verhältnismäßig sehr maßvollen und sachgemäßen Artikel. Das genannte Blatt gibt dabei insbesondere dem Gedanken Ausdruck, daß die Politik beider Monarchen den wirklichen Bedürfnissen und Interessen ihrer Völker entspreche, diese Bedürfnisse aber der Natur der Sache nach auf die politische Solidarität Deutschlands und Italiens hinweisen müßten. Vielleicht hätte es Frankreich bei geschickter Benützung aller Umstände gelingen können, ein ähnliches Verhältnis Italien gegenüber zu begründen, allein die napoleonische Politik habe dies versäumt, und jetzt seien gegebene Thatsachen geschaffen. „Es wäre zu spät“, schließt das „XIX. Siècle“, „in dieses Werk Breche legen zu wollen; wohl aber übel müssen wir uns den vollendeten Thatsachen anbequemen. Deutschland und Italien sind dauerhafte Schöpfungen; sie für ephemere zu halten und auszugeben, hieße ein gefährliches Spiel treiben. Die wahre Bedeutung der mailänder Zusammenkunft ist diese: der Kaiser Wilhelm und der König Victor Emanuel, welche einig waren, zu gründen, sind auch einig, zu erhalten, und ihr jetziges Auftreten bezeichnet, ohne daß darin auch nur der Schein einer Herausforderung läge, mit dem Bewußtsein ihrer gegenwärtigen Sicherheit den festen

Feuilleton.

Neues Maß und Gewicht.

(Den Hausfrauen gewidmet.)

Längenmaß.

Spannst Du den ganzen Erdball um,
Um beide Pole rund herum,
Und theilst den Viertelkreis allein
In zehn Millionen Theile ein,
So hast ein Grundmaß du gewonnen,
Ein bestes wird kaum ausgedonnen:
Ein „Meter“ wird dies Maß genannt,
— Auch ist als Stab es uns bekannt —
Nur 100 „Centimetern“ gleich:
Ein „Kenzoll“ nennt man sie im Reich.
Ein Tausendtheil jedoch für sich
Heißt „Millimeter“ oder „Strich“.
10 Meter nehm' ich mir zur Hand
Als „Dekameter“, „Kett“ genannt,
Für 1000 Meter wird zuletzt
Ein „Kilometer“ hingesezt.
Nur 7 Kilometer du
500 Meter noch dazu,
So gehst du, merk es dir in Eil',
Grab' eine neue deutsche Meil'.
Die alte Meil' sich kürzen muß
Um 103 $\frac{1}{2}$ Fuß.
Wist man das Tuch in Metern dar,
Ist die Größe völlig klar:
Zwei Meter sind drei Ellen gleich
Im urferem ganzen Königreich.
Auch darf der Tischler nicht vergessen,
Woll er jetzt mit dem Stabe messen:

Ein Stab hat, wenn es stimmen soll,
3 Fuß und $\frac{2}{3}$ Zoll.
Du wirst, willst du's genauer wissen,
Den Decimalbruch merken müssen;
Ein Meter drum in Fuß sei:
Drei, Komma, eins, acht sechs und zwei (3,1862).
Ein Kenzoll endlich haben soll
 $\frac{2}{3}$ von dem alten Zoll.

Flächenmaß.

Der Stab, nimmt man ihn ins Geviert,
„Quadratstab“ künftig heißen wird;
Im alten Maß er gleiches soll
10 Fuß und 22 Zoll.
Als „Ar“ man jetzt bezeichnet hat
Ein „Dekameter“ ins Quadrat;
Und nimmst du 100 solche Ar,
So gibts ein richtiges „Hektar“.
Wilst du des Hektars Größe kennen,
So werd' ichs dir in Morgen nennen:
3 und $\frac{1}{2}$ Morgen sind
Ein Hektar, merk es dir geschwind,
Der Morgen hat, das ist nun klar,
Ein halb und 25 Ar.

Körpermaß.

Theilst du des Meters Würfel form
In 1000 Theile dir als Norm,
So heißt ein Theil davon fortan
Ein „Liter“ oder eine „Kann“.
Ist dir das Liter nicht bekannt,
So füll den Quartestopf bis zum Rand
Und gieß den achten Theil hinaus,
Dann bleibt ein Liter dir im Haus,
Ein halbes Liter, denke dran,
Auch „Schoppen“ künftig heißen kann.

Wenn man 'nen neuen Scheffel mißt,
Er just gleich 50 Liter ist;
Doch bilden 100 Kannen Maß
Ein „Hektoliter“ oder „Fas“.
Den alten Scheffel kennst du schon,
Nimmst du den elften Theil davon,
So bleibt ein neuer Scheffel dir,
Den trägst du leichter, glaube mir.

Gewicht.

Des Centimeters Würfel form
Voll Wasser wäge dir als Norm,
Ein „Gramm“ wird sein Gewicht genannt,
Man kennt es schon im ganzen Land;
Und nimmst du dir der Gramme 10,
Stehst du ein „Dekagramm“ entsteht;
Auch „Neuloth“, nennt man es im Reich,
Und 50 sind 'nem Pfunde gleich.
Das „Kilogramm“, merk es dir rund,
Hat 1000 Gramm, d. i. 2 Pfund;
Sie sind so schwer, als Wasser ist,
Das man in einem Liter mißt,
Allein ein Zentner, welche Last!
Schon 50 Kilogramme faßt.
Und 20 Zentner, merk' es wol,
Den Namen „Tonne“ führen soll:
An Schwere sie dem Wasser gleich,
Das des Kubikstabs Größe erreicht.
Jedoch du darfst auch nicht vergessen:
Der 10te Theil vom Gramm gemessen,
Gibst dir ein „Decigramm“ genau,
Doch hier wird schon das Wiegen flau.
„Centi“ und „Milligramm“ jedoch
Braucht nur der Apotheker noch,
 $\frac{1}{2}$ neue Loth zum Schluß
Man für ein altes setzen muß.

(2. 3.)

Willen, sich aufs neue gegen jeden Feind zu vereinigen, der irgend etwas Wesentliches und Definitives von ihren gemeinsamen Triumpfen anfechten wollte."

Die Saturday Review feiert insbesondere die persönlichen Eigenschaften des Kaisers. „Seine Tapferkeit und Ausdauer — schreibt das englische Blatt — der Eifer, mit welchem er sich in seinem vorgerückten Alter an den Operationen und der Verwaltung des Staates betheiligt, seine angestrenzte Thätigkeit in den Staatsgeschäften, die Ehrenhaftigkeit seines Wesens, ja vielleicht selbst eine gewisse Einfachheit im Sinn und Charakter, welche er oft an den Tag legt, haben ihn Preußen und dem übrigen Deutschland theuer gemacht. Die Deutschen werden erwarten, daß man ihm in Italien große Ehre erweise, nicht nur weil Italien ihm viel schuldet und weil er der Vertreter des ersten continentalen Staates, sondern auch weil er der Mann ist, als welchen man ihn kennt."

Die Vorgänge im bayerischen Landtage finden in den Times und der Saturday-Review eingehende Erörterung. Letztere findet, daß allen Theoretisirens ungeachtet, auch vom strengsten constitutionellen Standpunkte nicht bestritten werden könne, daß die Krone das Recht habe, sich auf Seite der Minderheit zu stellen. „Ein König — fährt das englische Blatt mit etwas drastischer Exemplification fort — ist nicht bloß bestimmt, die Rolle des Schiedsrichters bei einem Rennen zu spielen und dem ersten Pferde sofort den Preis zuzuerkennen, selbst wenn es auch nur eine Nasenlänge voran war. Es mag vielleicht als eine Art Probe bezüglich des richtigen Auswegs für den König dienen, wenn man sich die Frage vorlegt, wie der verewigte König der Belgier unter ähnlichen Verhältnissen gehandelt haben würde. Niemand kann eine solche Frage bestimmt beantworten, allein es ist am Ende nicht zu viel gesagt, daß König Leopold einer sehr geringen und fragwürdigen Mehrheit zu Gefallen nicht die ganze Politik des Landes auf den Kopf gestellt und die Nation einer Gefahr ausgesetzt hätte. Das heutige Ministerium hat keine Majorität in der Kammer, allein es zählt unter seinen Stützen die höheren und gebildeten Klassen, die Gesellschaft der Hauptstadt, das Heer und die Bewohner der bedeutenderen Städte im Lande. Wenn der König sich daher entscheidet, sein heutiges Cabinet beizubehalten, so kann man auf alle Fälle sagen, daß er sehr starke Gründe zu dieser Entscheidung hat."

Die Times resumieren eine Betrachtung über denselben Gegenstand, ebenfalls mit der Mahnung, bedenkliche und in ihren Konsequenzen schwer zu übersehende Experimente nicht leichtsinnig heraufzubeschwören.

Das Journal de St. Petersburg vom 16. d. M. druckt einen Artikel des „Golos" nach, welcher die gegenwärtigen Ereignisse im Orient, die Stellung der russischen Politik so wie auch der russischen und der englischen Presse zu denselben behandelt und unter anderem sagt: „Gegenwärtig ist der Bund der drei Kaiserreiche die einzige Gewalt, welche für den Gang der Ereignisse in Europa und besonders im Orient maßgebend und verantwortlich ist. Es ist daher natürlich, daß die Sprache, welche diesen Mächten geziemend, sich modificiert; denn die wärmsten Sympathien und die radicalsten Anschauungen mäßigen sich bekanntlich sogleich, wenn man von der Opposition, von der freien, unverantwortlichen Kritik in den Besitz der Gewalt gelangt und deren Verantwortlichkeit fühlt. England kann, obwohl seine Regierung sich der diplomatischen Action der Ostmächte in Konstantinopel angeschlossen — wie ehemals Rußland sich England angeschlossen — doch heute in aller Ungebundenheit über die Unzulänglichkeit der türkischen Reformen discutieren, während Rußland nur verteidigen kann, was geschehen ist und noch ferner geschehen soll, um das Los der Christen in der Herzegowina, in Bosnien und den anderen türkischen Provinzen zu verbessern, selbst wenn ihm Zweifel an der Untragbarkeit der neuen Maßregeln der Pforte aufstiegen. . . Werden diese Maßregeln genügen, um, wenn auch nur zeitweilig, die dumpfe Unzufriedenheit zu bannen, welche eine beständige Gefahr für das türkische Reich ist? Wir wissen es nicht; aber jedenfalls würde ganz Europa sich über dieses Resultat beglückwünschen, denn eine baldige Pacification der aufständischen Provinzen liegt ihm sehr am Herzen. Europa will den Frieden und wird für dessen Erhaltung nicht allein Rußland, nicht allein den drei Kaiserreichen, sondern auch anderen Mächten dankbar sein, von denen jede ihr Verdienst um die Beschwörung der Gefahr wird geltend zu machen wissen."

Reichsrath.

133. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 23. October.

Der Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um halb 12 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Sämmtliche Minister. Der Präsident gedenkt des schmerzlichen Verlustes, den das Allerh. Kaiserhaus und mit demselben das ganze österreichische Volk durch den Tod Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand, der während der Vertagung des Hauses verblieben, erlitten hat und bittet um die Ermächtigung, die Beileidsbezeugung des Hauses dem regierenden Kaiser überbringen zu dürfen. (Bravo! Bravo!)

Der Ministerpräsident Fürst Auerberg stellt den neuen Ackerbauminister Grafen Mannsfeld vor. Das Haus begrüßt denselben durch Erheben von den Sitzen.

Nach Erledigung von einer Reihe von Urlaubsgesuchen bringt der Präsident eine Mittheilung des Ministers des Innern, Freih. v. Lasser, betreffend die Wahlacten über die Ergänzungswahlen in Tirol zur Kenntnis.

Das k. k. Landesgericht in Wien zeigt an, daß Abgeordneter Herr v. Schönerer von der wider ihn erhobenen Anklage der Ehrenbeleidigung (Affaire Schönerer-Schrödinger) freigesprochen worden sei. Dagegen sucht dasselbe um die Bewilligung der gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Dr. Schrank wegen Ehrenbeleidigung, begangen durch eine Druckschrift, an. Ueber Antrag des Präsidenten wird letztere Angelegenheit einem eigenen Ausschusse von 9 Mitgliedern, die aus dem ganzen Hause gewählt werden, überwiesen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Erster Gegenstand ist der Antrag des Abg. Haschek und Genossen wegen Aufforderung der Regierung zur Einbringung einer Gesetzesvorlage, betreffend die Einhebung der landesfürstlichen Steuern.

Abg. Haschek begründet seinen Antrag und beantragt denselben dem Steuerreform-Ausschusse zuzuweisen. (Wird angenommen.)

Die erste Lesung des Antrages Teuschl, betreffend einer Gesetzesanction bezüglich der Sensalen für Verwaltungsgeschäfte in Häusern und Hypotheken, wird wegen Abwesenheit des Antragstellers von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition und Denkschrift der Verwaltungen der österr. Eisenbahnen wird über Antrag des Referenten Stockert der Regierung zur eingehenden Würdigung abgetreten.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Antrages Dr. Hoffer und Genossen bezüglich der Verwaltung des Religionsfonds.

Abg. Dr. Kronawetter tadelt den Erlaß des gewesenen Unterrichtsministers Jiriczek, welcher die Bezahlung der Religionslehrer den Gemeinden aufweist. Ein Gesetz vom 20. Juli 1872 habe diese Verordnung umgestoßen, dennoch aber müsse die Stadt Wien die Religionslehrer an ihren Schulen bezahlen. Redner will, daß jede Religion ihre Religionslehrer selbst bezahlen soll, und beantragt daher, daß in dem Antrage des Ausschusses nach dem Worte: „Religionsfonds" noch die Worte: „ohne Inanspruchnahme des Bezirkschulfonds und der politischen Gemeinde" einzustellen. (Wird unterstützt.)

Der Antrag des Ausschusses lautet:

1. Die Regierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Frage, inwiefern aus dem Religionsfondsvermögen die Kosten des katholischen Unterrichtes an Volks- und Mittelschulen zu bestreiten sind, zur Austragung gelangt;

2. die Regierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Grundsätze der Verwaltung und Verwendung des Religionsfondsvermögens geregelt werden.

Nachdem noch der Antragsteller und der Referent Dr. Weber gesprochen, wird der Auschufsantrag angenommen, dagegen das Amendement Kronawetters abgelehnt.

Hierauf nimmt der Finanzminister Freiherr von Pretis das Wort: Er legt den Entwurf des Finanzgesetzes und des Staatsvoranschlages pro 1876 vor und bittet, denselben baldigst in Behandlung nehmen zu wollen, damit das Finanzgesetz 1876 noch am Schlusse des laufenden Jahres festgesetzt werden kann. Der Minister gibt nun ein ausführliches Exposé über den Staatsvoranschlag, dessen Hauptstellen in folgendem genau wiedergegeben sind: Die pro 1876 präliminirten Staatsausgaben belaufen sich auf 403.869.876 fl. gegen das Erfordernis pro 1875 mit 382.282.049 fl. — Der Mehranspruch beträgt daher 21.587.827 Gulden.

So erheblich diese Summe auch erscheint, so hat die Regierung alle nur möglichen Restrictionen in den einzelnen Ressorts bereits vorgenommen, allein sie dürfte sich nicht in einer Zeit, wo Handel und Gewerbe sich nur in langsamen Bahnen bewegen, den gebieterischen Formen zunehmender Entwicklung verschließen. Sowol in bezug auf öffentliche Bauten, wie auf die concessionsmäßigen Ansprüche garantierter Eisenbahnen konnte daher keine Beschränkung stattfinden. Der Minister gibt nun eine Detaillirung der Ausgaben nach den einzelnen Ressorts. Er erklärt, daß das Zinsenerfordernis für die Staatsschuld um 2.508.000 fl. wächst, die Schuldentilgung des Jahres 1876 erfordert 18 Millionen Gulden, gegenüber 9.545.000 fl. im laufenden Jahre. Die Beitragsleistung zu den gemeinsamen Ausgaben erhöht sich um 7.776.600 fl.

Die Bedeckung ist im ganzen mit 378.941.000 Gulden eingestellt. Uebergehend auf den Voranschlag für das Erträgnis der directen und indirecten Steuern bemerkt der Minister, daß an directen Steuern im Jahre 1875 mindestens um 4 Millionen mehr, als veranschlagt, eingehen werden. Dennoch habe er pro 1876 nicht mehr als 87.785.000 fl. eingestellt.

Der Minister erläutert nun die Art der Bedeckung und legt einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Erhöhung der Stempel und Gebühren für Eingaben und

Protokolle. Auf die finanziellen Aufgaben der Session übergehend, bemerkt Redner, daß bezüglich der Bankfrage auch die Regelung der Valuta Hand in Hand mit derselben gehen müsse. (Lebhaftes Bravo). Der Minister schließt, indem er das Haus bittet, die Regierung in ihrem Bestreben, Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen, unterstützen zu wollen. (Bravo).

Ueber Antrag Rübeck wird die zweite Lesung des Fischereigesetzes von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und die Sitzung um 2/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Das Staatsbudget pro 1876.

Die „Pol. Corr." bringt an leitender Stelle folgenden Artikel:

„Nahezu mit demselben Monatstage wie im Vorjahre hat der Reichsrath auch dieses mal seine Thätigkeit aufgenommen und mit gleicher Regelmäßigkeit hat die Regierung schon in erster Stunde den Staatsvoranschlag vorgelegt."

Das Hauptgerüste des Budgets für das Jahr 1876 ist bereits aus der Darstellung bekannt, welche der Finanzminister vor wenigen Wochen im Schoße des Ausschusses der österreichischen Delegation zu geben in der Lage war.

Das damals in großen Zügen hingeworfene Bild liegt nun vollkommen ausgeführt, mit allen Details vor, und Licht und Schatten lassen sich jetzt in ihrem Zusammenwirken und im Spiele des hellen Tages weit richtiger beurtheilen, als es die erste flüchtige Skizze im Dämmerlichte der Ausschufberathung ermöglichte.

Der Gesamtaufwand für das Jahr 1876 ist mit 403.869.876 Gulden d. i. gegenüber dem Vorjahre um 21.587.827 fl. höher angesetzt, von welcher Steigerung auf das Ordinarium 15.294.741 fl., auf das Extraordinarium 6.293.086 fl. entfallen.

An diesem Mehraufwande participieren namentlich: der Reichsrath mit 532.212 fl., der Verwaltungsgerichtshof mit 250.000 Gulden, das Handelsministerium mit 849.344 fl., das Justizministerium mit 1.013.786 fl., der Pensionsetat mit 668.914 fl., die Subventionen der Eisenbahnen mit 1.575.300 fl., jene der Grundlastungsfonds mit 96.080 fl., das Zinsenerfordernis der Staatsschuld mit 2.508.355 fl., die gemeinsamen Ausgaben mit circa 8.000.000 fl., die Schuldentilgung mit 8.459.804 fl. u. u.

Die Staatseinnahmen, 1875 mit 373.089.879 fl. präliminirt, sind für 1876 mit 378.941.953 Gulden, d. i. um 5.852.054 fl. höher angesetzt. An dieser Vermehrung participieren: die directen Steuern mit 15.000 Gulden, die indirecten Abgaben (mit Ausschluß der Zölle) mit 1.158.334 fl., die Erträgnisse von Forst- und Montanwerken mit 259.970 fl.

Bilancirt man die Staatseinnahmen mit den Staatsausgaben, so zeigt sich ein Ausfall von 24.927.923 Gulden mit einer Steigerung gegen das Vorjahr von 15.735.773 fl., woran die ausnahmsweise größere Beitragleistung zu den gemeinsamen Ausgaben (Feldgeschäfte) einen Hauptantheil nimmt.

Berücksichtigt man, daß innerhalb der Bestimmung des § 2 des Staatsschuldengesetzes vom 24. December 1867 noch eine Rentenreserve von 11 Millionen Gulden zur Verfügung ist, so ergibt sich das eigentliche Deficit mit beiläufig 17 Millionen Gulden, wovon durch Erhöhung einiger Gebühren und Stempelsätze mindestens 4 Millionen als bedeckt gelten können. Für den Rest ist eine besondere Operation vorbehalten.

Den bezeichneten Ausfall, welcher gegenüber den Abgängen bei allen Budgets seit dem Jahre 1868 nur insofern mehr hervortritt, als die vorhandenen Reserven nicht hinreichen, um denselben vollständig zu decken, so daß zum erstenmale für einen Theil desselben der creditanische Credit in Anspruch genommen werden muß, hat die öffentliche Meinung gleich beim ersten Bekanntwerden mit besonnener Ruhe aufzunehmen gewußt.

Dieser Abgang wird, wie wir meinen, bei näherer Prüfung an Hand der Daten, die Freiherr v. Pretis heute dem Hause in hochinteressanter Gruppierung vorführte, noch manchen Schatten verlieren.

Der Finanzminister wies nach, wie in der Zeit seit der selbständigen Begründung der creditanischen Finanzen, von 1868 herwärts die außerordentlichen Einnahmen 121 Millionen Gulden, die außerordentlichen Ausgaben 288 Millionen Gulden betragen.

In derselben Epoche sind die Ausgaben des creditanischen Staatshaushaltes von 209 Millionen Gulden auf 254 Millionen Gulden, darunter die eigentlichen Verwaltungsausgaben von 53 Millionen auf fast 90 Millionen gestiegen, wobei hervorgehoben zu werden verdient, daß in der gleichen Periode des Justizbudgets von 9 Millionen sich auf fast 21 Millionen hob und das Unterrichtsbudget von 4.100.000 auf 12.200.000 fl. sich verdreifachte.

An rückzahlbaren Eisenbahnsabventionen wurde in dieser Periode der Nettobetrag von 73 Millionen Gulden verausgabt. Werden nun den gesammten außerordentlichen Ausgaben dieser Periode von 288 Millionen Gulden die gesammten außerordentlichen Einnahmen derselben Zeit von 121 Millionen Gulden entgegengesetzt, so ergibt sich, daß 167 Millionen Gulden den laufenden Einnahmen entnommen werden konnten.

Beispielsweise wurden 107 Millionen an Schulden effektiv getilgt und hievon nur 39 Millionen durch Begebung von einheitlicher Rente beschafft.

Vergleicht man, was an außerordentlichen Ausgaben bestritten wurde, wieviel aus dem Staatsvermögen dafür verwendet und um wieviel das Staatsvermögen sich andererseits vermehrt hat, so ergibt sich, daß seit dem Jahre 1868, ohne daß neue Steuern eingeführt worden oder Steuererhöhungen eingetreten wären, und ohne daß der öffentliche Credit in Anspruch genommen wurde, 100 Millionen zur Verbesserung der Vermögens-Bilanz des Staates erübrigt werden konnten.

Wäre nicht durch das Gesetz vom 13. Dezember 1873 ein Theil dieser Summe zur Durchführung der Hilfsaction und für Eisenbahnbauten verwendet worden, Beträge, welche selbstverständlich zum größeren Theile in, wenn auch nicht sofort realisierbares Activum des Staates bilden, so würden alle jene Rententitel zur Verfügung stehen, welche nach dem Gesetze vom 24. Dezember 1867 zur Schuldentilgung hätten emittiert werden können, aber für diesen Zweck nicht begeben wurden, weil es möglich gewesen war, von 1868 bis 1874 den Betrag von 68 Millionen Gulden für die Schuldentilgung den laufenden Einnahmen zu entnehmen.

Ohne die ganz exceptionellen Verhältnisse, welche das Gesetz vom 13. Dezember 1873 hervorriefen, würde daher die Gebarung des Staatshaushaltes in der achtjährigen Periode 1868 bis 1875 Reserven übrig gelassen haben, welche den für die Deckung des Abganges im Jahre 1876 erforderlichen Bedarf weit überragen würden.

Der Umstand, daß die Verwaltungsauslagen in so großem Maße gestiegen sind, daß der Zinsenbedarf gewachsen ist und in nicht ferner Zeit noch mehr zunehmen muß, weil die Operationen für die Herstellung der Baluta als unvermeidlich angesehen werden, bestimmt den Finanzminister schon jetzt für die nachhaltige Vermehrung der regulären Einnahmen vorzusorgen und veranlaßt derselbe das Ergebniss der von ihm beantragten Änderungen im Stempel- und Gebührengesetze, Änderungen, welche so viel wir wissen, in Ungarn längst durchgeführt sind, auf 4 Millionen Gulden.

Zur Lage in Serbien

Bringt die „Pol. Corr.“ folgenden Bericht:
„Die fürstlichen Vermählungs-Festlichkeiten haben anscheinend die Politik in den Hintergrund gedrängt. In Wirklichkeit geht es aber hinter den Coulissen äußerst lebhaft her. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die serbische Diplomatie sich sehr lebhaft mit der Frage beschäftigt, wie der Status quo ante in Serbien wieder hergestellt sei. Noch immer sind 22,000 Mann serbischer Truppen und Milizen an der bosnischen Grenze aufgestellt. Die gegenwärtige Regierung, welche doch immer noch immer Anstand durch Abberufung der an der Grenze entfalteten Militärmacht und durch die Entlassung der sehnlichst erwünschten normalen Stand der Dinge, wie er vor Ausbruch der Insurrection in der Herzegowina war, herbeizuführen. Die Pforte macht nicht nur keine Miene, ihr Observationscorps bei Nisch zurückzuziehen, sondern verstärkt im Gegentheile dasselbe täglich durch sehr beträchtliche Nachschübe. Heute ist die dort concentrirte türkische Truppenmacht gut um ein Drittel stärker, als die ausgetretenen serbischen Streitkräfte. Serbien glaubt unter solchen Verhältnissen nicht ohne großes Risiko den Anfang mit der Zurückziehung seiner Truppen machen zu können. Andererseits besorgt es, daß aus der Verlängerung der bezüglichen Situation leicht Verwicklungen hervorgehen könnten. Man vertraut nun auf die Dazwischenkunft der Großmächte, welchen es doch nicht schwer fallen könne, die Pforte als den härteren und mehr gerüsteten Theil zu einem ersten Schritte zu vermögen, welcher der gegenseitigen militärischen Beobachtung und Bedrohung ein Ende machen würde. Schließen sich die Großmächte dieser Anschauung an, und üben in ihrem Sinne den entsprechenden Einfluß auf die Pforte, so wird sich serbischerseits alles glatt abwickeln. Man glaubt denn auch hier, daß die Diplomatie, die doch durch ihren constanten Druck auf Serbien dem Frieden so große Dienste geleistet hat, nun auch billiger Weise die Pforte zu Concessionen an das europäische Friedensinteresse zu bestimmen wissen werde. Auf dem Gebiete der inneren Po- litik ist die Frage der Verfassungsrevision an der Tagesordnung. Alle Parteien, selbst die conservative nicht ausgenommen, stimmen in der Anerkennung der Nothwendigkeit einer Revision des Statuts überein.

Man verlangt und erwartet von letzterer zweierlei: Größere Freisinnigkeit und Consolidierung der allgemeinen Verhältnisse. In der Skupschtina selbst sind eben von verschiedenen Seiten des Hauses eingebracht worden. Diesmal werden sie schwerlich, wie dies in der vorjährigen Skupschtina-Session der Fall war, zur Ruhe im Grade der Registratur verurtheilt werden können.

Die beiden Verfassungs-Revisions-Anträge lauten wie folgt:
Zum Zwecke einer Aenderung der Verfassung soll eine aus 500 Mitgliedern bestehende Volks-Skupschtina einberufen werden. Das Volk soll mehr Rechte und volle Selbstverwaltung bekommen. — Dieser Antrag wurde dem Verfassungsausschusse zugewiesen.

Demselben Ausschusse wurde die vom Abgeordneten Stojich aus Alexinae gestellte Antrag auf Schaffung einer ganz anderen Verfassung zugewiesen, da die jetzige Verfassung total schlecht und ein verkehrtes Werk sei.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 21. Oktober.

Der „Pol. Corr.“ wird aus Budapest gemeldet, daß Se. Majestät der Kaiser, welcher dort erwartet wird, bezüglich der bevorstehenden Aenderung im Präsidium des ungarischen Ministeriums erst nach seinem Eintreffen dort die a. h. Entschliessung fassen soll. Das ungarische „Amtsblatt“ dürfte erst Sonntag die Ernennung des neuen Ministerpräsidenten veröffentlichen. Es ist leicht möglich, daß gleichzeitig auch andere höhere Ernennungen erfolgen.

Die „Nationalzeitung“ meldet, nach der Constituierung des deutschen Reichstages solle eine Vorlage eingebracht werden, welche das mit dem Zusammenritte des Reichstages abgelassene Mandat der Reichs-Justizcommission erneuert.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Dresden über den vortrefflichen Eindruck berichtet, welchen die sächsische Thronrede bei allen deutschen und sächsischen Patrioten hervorgerufen habe. Nur den extremen Parteien von beiden Seiten könne die Rede mißfallen haben. „Da dies — fährt das rheinische Blatt fort — der erste Landtag unter der Regierung des Königs Albert ist, so wäre es eigentlich wol angezeigt, daß die Kammern die Thronrede durch eine Adresse beantworten. Um so mehr, als das Recht der Adresse jetzt zum erstenmale — kraft der beim vorigen Landtage von der Regierung vorgelegten und von den Kammern genehmigten Verfassungsänderung — jeder einzelnen Kammer zusteht. Auch würde, da die Thronrede so befriedigend lautet, die Adressenhandlung wahrscheinlich weder lang, noch etwa leidenschaftlich werden. Dennoch steht zu bezweifeln, daß der Antrag auf eine Adresse gestellt, noch mehr, daß, wenn auch gestellt, er angenommen würde. Die noch ganz frische Erregung der Parteien, besonders der Fortschrittspartei, infolge der Vorgänge bei der Präsidentenwahl möchte es zu einer Verständigung über einen solchen Antrag zwischen den beiden liberalen Parteien schwerlich kommen lassen.“

In der am 19. d. stattgehabten Sitzung der Skupschtina gelangte unter anderen der Antrag zur Verhandlung, daß die Kreisämter und Kreisgerichte auf- gelassen, dafür aber Bezirksämter und Gerichte geschaffen werden sollen. Die serbische Regierung nahm diesen Antrag im Principe an und bezieht sich vor, eine formelle diesbezügliche Vorlage einzubringen. Ein anderer Antrag geht dahin, die Klostergüter, bis der sie betreffende An- trag entschieden werden wird, der Steuerzahlung zu unter- werfen. Endlich soll, einem dritten Antrage zufolge, das Gewichtssystem bei den Zollämtern eingeführt werden. Die letzten beiden Anträge werden den betreffenden Aus- schüssen zugewiesen.

Mit Bezug auf den auch von uns mitgetheilten Erlaß des Khedive, demzufolge das Insultentreten der neuen ägyptischen Gerichts-Organisation bis 1. Januar 1876 verlagert wird, erklärt der Moniteur, daß diese Maßregel mit Rücksicht auf Frankreich und zwar infolge eines gemeinsamen Schrittes, welchen Deutschland und Rußland in Kairo gethan, angeordnet worden sei.

Die Differenzen zwischen England und China sind auf diplomatischen Wege ausgeglichen worden, wes- halb der englische Gesandte Wade die Rückreise von Peking hierher angetreten hat.

Tagesneuigkeiten.

— (Von der österreichischen Landwehr.) Seine kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Landwehr-Obercommandant Erzherzog Rainer, k. k. Feldzugmeister, hat an die ihm unter- stehende Landwehr unterm 15. d. nachstehendes Befehlsschreiben erla- sen: „Bei den im Laufe dieses Jahres stattgefundenen Inspicir- ungen durch das Landwehrobercommando wurden bei allen Ba- taillonen sowohl die Evidenzhaltung der Landwehrmannschaft, als auch die Verwaltung der Magazinvorräthe in musterhafter Ord- nung befunden. Ich ergreife diesen Anlaß, das k. k. Landwehr-Commando zu beauftragen, den unterstehenden Evidenz- und Ver- waltungs-Offizieren für ihre Thätigkeit Meine Anerkennung aus- zusprechen.“

— (Finanzielles Bulletin.) Die Börse gab am 20. d. Zeichen abler Stimmung. Nicht als das wichtigste dieser Zeichen betrachten wir den Rückgang der Kurse. Ungleich mehr Bedeutung hat der Grad der Verlässlichkeit guter Werthe und eben in dieser Beziehung war der Verlauf wenig befriedigend. Der Zusammenhang der Bewegungen läßt erkennen, daß letztere aus der Fortwirkung derjenigen Ursachen resultieren, welche in den letzten Tagen einen so ungünstigen Einfluß übten. Dahin gehören in erster Linie die beunruhigenden Nachrichten über die Verzinsung der Südbahnactie und die Besorgnisse hinsichtlich der finanziellen Zukunft der Türkei. Dagegen ist beachtenswerth, daß der Kurs der Rente sich als relativ fest erwies, ein Zeichen, daß die Enttheilung das von dem Herrn Finanzminister gegebene Exposé trotz der im einzelnen divergirenden Anschauungen im ganzen doch eine günstige ist. Die scharfe Hauffebewegung in De- visen ist aus der Zusammenwirkung zweier Ursachen erklärlich: aus der Erwartung weiterer Zinsaufhebungen einerseits und

andererseits aus dem Bedarfe von Reistoren für die vom Auslande hierher consignirten Effecten.

(Von der grazer Universität.) Man schreibt der „N. fr. Pr.“ aus Graz: Von dem regen wissenschaftlichen Eifer, der sich in den letzten Jahren, besonders an der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät unserer Universität bekundet hat, liefern den besten Beweis die stattgehabten Habilitationen. Im Laufe der zwei letzten Semester habilitirten sich: Dr. Emil Strohal für österreichisches Civilrecht, Dr. Franz Ritter v. Ju- raschel für allgemeines und österreichisches Staatsrecht, Dr. Julius Bargha für österreichisches Strafrecht und Strafproceß, Dr. Alex- ander Grawein für Wechselrecht und Handelsrecht, Dr. Eduard v. Eisl für österreichisches Strafrecht und Strafproceß. Die Ar- beiten zweier Candidaten behufs ihrer Habilitirung werden in Kürze eingeliefert werden.

— (Für den Klerus.) Um Unterstützung aus der Staatsubvention sind heuer in der prager Diöcese 385, in der budweiser 277, in der böhmischer 245, in der leitmeritzer 193, sohin im ganzen 1100 Kleriker eingeschritten. Hievon wurden 986 mit Unterstützungen theilhaft.

— (Vom Gasser Gedenktage.) Aus Gmünd wird der „Klagenfurter Zeitung“ angezeigt, daß am Geburtstage des Bildhauers Hans Gasser am Geburtshause desselben und im Dorfe Eisentratten in einer Felsenwand Gedenktafeln errichtet wurden.

— (Steinadler.) Im Jagdreviere des Herrn Anton Grafen von Soß wurde hinter dem Schloßpark zu Ebenthal, wie die „N. fr. Pr.“ berichtet, am 16. d. M. durch den Ober- jäger Hochenwarter ein Steinadler erlegt, welcher eine Flugbreite von nahezu 2 Meter hat.

— (Von der Marine.) Aus Pola, 18. Oktober, schreibt man der „N. fr. Pr.“: „Heute ist endlich das Casamattschiff „Luffozza“ zur gemessenen Meile wieder hinausgefahren, um die Probefahrt zu machen; während der ganzen vorigen Woche konnte dies wegen des ungemein schlechten Wetters nicht geschehen. Die Corvette „Dandolo“, welche vor Ausbruch des Wetters ausgelaufen war, um ihre transatlantische Reise anzutreten, hatte sich in dem Hafen von Lissa geborgen. Ueber die während des Unwetters aufgetretene abnorme Springflut, wodurch die tieferen Straßen der Hafen- städte am oberen Golse überschwemmt wurden, sei noch bemerkt, daß das Excessive dieser Erscheinung durch den heftigen Scirocco herbeigeführt worden. Solche hohe Fluten, obwohl sie sich mit jenen in nördlichen Meeren vorkommenden nicht im entferntesten messen können, sind übrigens bei uns keine so große Seltenheit, denn sie entstehen jedesmal, so oft die durch Neu- oder Vollmond verursachte regelmäßige Springflut mit einem länger andauernden heftigen Scirocco zusammenfällt. Dieser Wind, der über die ganze Breite des Mittelmeeres herüberkommt, thürmt das Meer in ge- waltige Bogen auf und zwingt es gegen den oberen Theil der Adria zusammen, so daß es hier sich staut. Tritt nun die Spring- flut hinzu, so steigt das Wasser über das gewöhnliche Niveau der Uferstädte, zieht sich aber mit der Ebbe wieder zurück, um bei der nächsten Flut das Spiel zu erneuern.“

— (Die Fröbel'schen Kinder gärten) finden nach und nach in Ungarn große Verbreitung. Wie aus Bistritz dem „P. M.“ berichtet wird, haben einige hervorragende Damen da- selbst die Errichtung eines Fröbelvereines beschlossen und wurde ein Comité mit der Ausarbeitung der Statuten betraut.

— (Die heurige Tabakernte) ist sowohl in quanti- tativer als qualitativer Beziehung eine vorzügliche, und ist infolge derselben der ung. Finanzminister in der Lage, größere Quanti- täten Tabak nach dem Auslande zu verkaufen. Wie „Remzeti Hirlap“ meldet, wurde bereits die Offertverhandlung für den Verkauf von 70,000 Zentner ausgeschrieben und hofft der Mini- ster im nächsten Jahre zum mindesten 120,000 Zollcentner ver- kaufen zu können.

— (Mädchenhändler.) Auf dem Dresdener Bahnhof in Berlin wurde kürzlich ein „Mädchenhändler“, ein Wirth aus Hamburg, verhaftet, der sechsen mit sechs Mädchen aus Böhmen angekommen war, die nach Hamburg befördert werden sollten. Die sechs verlockten und verschachteten Mädchen sind nach Böhmen zurückbefördert worden.

— (Polarexpedition.) Die „russische Börsenzeitung“ bringt ein Telegramm aus Jenissei, worin gemeldet wird, daß sechs Mitglieder der „Expedition zur Entdeckung eines Seeweges nach Sibirien“ dort am 18. (30.) September eingetroffen sind; sie wurden enthusiastisch empfangen.

Locales.

Zur Salzfrage.

Landwirthschaftsgesellschaften und praktische Land- wirththe beschäftigten sich bereits mit der Erörterung der Frage: ob das Salz für die Ernährung der Thiere entbehrlich sei oder nicht? Beide Ansichten haben ihre Vertheidiger.

Für die Entbehrlichkeit sprechen alle jene Land- wirththe (deren Zahl ist keine geringe), die jahraus jahr- ein ihren Haushieren thätiglich auch nicht die geringste Salzgabe verabreichen, weil sie dies für eine Luxusaus- gabe betrachten, deren sich auch ihre Vorfahren nicht schuldig gemacht, oder weil sie die allerdings viel zu hohen Salzpreise scheuen; zum Theil aber auch viele der gebildeteren Landwirththe, die sich darauf berufen, daß nicht nur im Blute und Harne der Thiere Natrium chloratum, sondern auch in den verschiedenen Futter- stoffen, sowohl festen als flüssigen, mehr oder weniger Salz enthalten ist, somit die Natur selbst für diesen Nährstoff reichlich vorgesorgt habe.

Dies ist nun allerdings richtig und wollen wir auch nicht in Abrede stellen, daß die Verfechter dieser Ansicht in ihrem Rechte sind, wenn sie die absolute

Nothwendigkeit der Salzverabreichung an die Hausthiere in Abrede stellen.

Dagegen machen die Anhänger der Salzfütterung eine Reihe gewichtiger Gründe für die Unentbehrlichkeits-Theorie geltend, die nicht minder auf naturwissenschaftlichen Grundsätzen und unleugbaren Erfahrungen beruhen. Diese Gründe sind hauptsächlich folgende:

Durch mäßige Verabreichung von Kochsalz werden die Schleimhäute sanft gereizt, die Verdauungsorgane kräftig angeregt und dadurch mehr Durst und Appetit erzielt.

Bei mäßigen Salzgaben können auch schwer verdauliche Stoffe ohne Gefahr für die Gesundheit der Thiere verfüttert werden, weil das Salz eine größere Absonderung des Schleimes und aller Verdauungssäfte bewirkt.

Durch Kochsalz werden die Nahrungsstoffe besser gelöst und ihre schnellere Auffassung bewirkt, daher auch die Ernährung überhaupt gefördert.

Ohne Salzgaben, die würzend und Geschmack anregend wirken, wären wir bei der Mästung nicht in den Stand gesetzt, von den Thieren eine größere Menge fester und flüssiger Nahrungsstoffe aufgenommen und verdaut zu sehen, wodurch der Zweck der raschen, billigeren Mästung verloren ginge.

Das wären in Kürze die physischen Gründe, die für eine regelmäßige Salzverabfolgung als Futterzugabe sprechen.

(Schluß folgt.)

— (Personalnachricht.) Wie dem „Vaterland“ aus Laibach mitgetheilt wird, beabsichtigt der hochw. Herr Fürstbischof Dr. Pogacar nach Beendigung seiner zweiten Visitationstour, welche mit Einweihung einer Kirche geschlossen wird, am 24. d. M. sich nach Wien zu begeben, um seinen Sitz im Herrenhause einzunehmen.

— (Aus dem Vereinsleben.) Das Programm zum Gründungsfeite des hiesigen Arbeiter-Vereins, welches am 24. d. in den Titulica-Localitäten abends stattfindet und dessen Reinertrag für den Fach- und Elementarunterricht der Vereinsmitglieder bestimmt ist, lautet: 1. Vereinigungsmarsch von Parlov. 2. Slavische Begrüßungsrede. 3. Pobraticimja, Chor. 4. Ouverture zur Oper „Girofalo-Girofalo“. 5. Nijiza oživljena, Chor. 6. Divertissement aus der Oper „Zigunerin“, von Balfe. 7. Zapuska, Quartett. 8. Deutsche Festrede. 9. Humoristische Fantaste über das Fischerlied, von Anrade. 10. U boj, Chor. Zum Schluß: Tanzkränzchen.

— (Landschaftliches Theater.) Frau Paulmann eroberte sich gestern als „Schöne Helena“ durch lebhaftes und recht picautes Spiel den lauten Beifall des Hauses. Herr Schimmer (Prinz) gab seinen Part auf Grund der ihm noch zu Gebote stehenden Stimmittel recht gut. Die Herren Thaller und Steinberger, insbesondere ersterer, belustigten durch geistreiche Aeußerungen ihres hochgradig gestimmten Humors und durch komische Situationen das Publicum. Die Operette lief klappend vom Stapel.

— (Aus der Musikwelt.) Die „Temesvarer Ztg.“ schreibt über den hier noch im besten Andenken stehenden Kapellmeister Herrn Witt: „Es dürfte viele unserer Leser interessieren zu erfahren, daß der gegenwärtig hier (in Temesvar) als erster Theater-Kapellmeister fungierende Herr L. Friedrich Witt am ungarischen Unabhängigkeitskriege als Sponed theilnahm. Herr Witt war in den vierziger Jahren Theaterkapellmeister in Pest und trat dort nach Ausbruch der Revolution in das Leopoldstädter Bataillon der Mobilarde ein, in welcher er als Feldwebel einen sehr ehrenvollen Feldzug gegen Jellacic mitmachte. Später wurde Herr Witt von Kossuth mit einer Botschaft an das frankfurter Parlament betraut, an der österreichischen Grenze in Oberberg aber von den Oesterreichern angehalten und in Fesseln 21 Tage lang interniert und in Untersuchung gezogen. Auf Verwendung des damaligen preussischen Gesandten Grafen Bernstorff aber wurde Herr Witt endlich doch freigelassen, mit bewaffneter Macht über die Grenze gebracht und ihm die Rückkehr in die österreichischen Staaten unter Todesstrafe verboten. Bemerkenswerth ist, daß Herr Witt trotz dieser gefährlichen Untersuchung die Kossuth'sche Mission vollständig erfüllte, da er die betreffenden Papiere in Stücke zerschnitt, in seinen Notenheften versteckt hatte und dieselben auf diese Art unverfehrt über die österreichische Grenze brachte.“

Aus dem Gerichtssaale.

Laibach, 18. Oktober.

Am 8. August l. J. gegen 9 Uhr abends wollten sich in Podgrad der Mühlenbesitzer Leopold Maji und Josef Jelsovar über die Save überführen lassen. Da sie an der Ueberfuhr keinen Fährmann fanden, lehrten sie in das Wirthshaus des Vaters des Maji zurück, wo Franz Pecar, Sohn des Ueberfuhrbesizers, sich bereit erklärte, sie überzuführen. Kaum waren sie jedoch zur Brücke gekommen, als ihnen Franz Kopac, Schwager des Pecar, entgegengekommen kam und die Ueberfuhr nicht zugeben wollte. Nach einem kurzem Wortstreite sprangen Leopold Maji und Franz Kopac auf einander los und bald darauf jammerte Maji auf, daß er erstochen sei, während Kopac entfloh. Maji erklärte vor seinem Tode, daß Kopac ihn sechs mal, und zwar dreimal in den Oberleib und dreimal in den Bauch gestochen habe. Die Sachverständigen erklärten eine der Bauchwunden für absolut tödtlich, die andere als eine schwere und lebensgefährliche. Franz Kopac schützte Volltrunkenheit vor, während die diesbezüglich einvernommenen Zeugen solche bei ihm nicht wahrgenommen haben.

Heute fand unter dem Vorsitze des l. l. Landesgerichtsrathes Dr. Leitmaier im Beisein der Richter l. l. Landesgerichtsräthe v. Huber und Baron v. Rechbach und des Anklägers l. l. Staatsanwalt Persch die Hauptverhandlung gegen Franz Kopac wegen Verbrechens des Todtschlages statt; als Verteidiger fungierte Dr. Matschitsch, als Schriftführer Auscultant Gertscher.

Der l. l. Staatsanwalt plaidierte für die Schuldisprechung des Angeklagten, so daß der Verteidiger Dr. Matschitsch es als mit seinem Gewissen und seiner Ehre als unvereinbar bezeichnete zugunsten des Angeklagten zu sprechen. Die Geschwornen (Obmann Dr. Josef Koser) bejahten einhellig die auf Todtschlag gerichtete Hauptfrage und verneinten die Volltrunkenheit annehmende Zusatzfrage einstimmig.

Auf Grund des Wahrspruches der Geschwornen wurde Franz Kopac des Verbrechens des Todtschlages nach § 140 St. G. schuldig erkannt und nach § 142 St. G. unter Anwendung des § 338 St. P. O. zur Strafe des schweren Kerkers in der Dauer von vier Jahren verurtheilt mit einer Feste alle Monat und einsamer Absperzung in dunkler Zelle und hartem Lager am 8. August jeden Jahres und nach § 389 St. P. O. zum Ersatze der Kosten des Strafverfahrens verurtheilt.

Laibach, 19. Oktober.

Am 20. September 1875 kamen anlässlich des Hirtetretens mehrere Burken bei Zibert in Krainbergo zusammen, unter ihnen auch Lukas Urantkar. Später gesellte sich Alois Korosic zu ihnen und forderte den Urantkar, der ein Holzstiel in der Hand hatte, auf, dasselbe wegzuerwerfen und als dieser der Aufforderung nicht nachkam, entriß ihm Korosic das Holzstiel, worauf er sich sofort mit großer Gewalt auf die rechte Schädelhälfte geführten Schläges, eingetreten ist.

Unter dem Vorsitze des l. l. Landesgerichtsrathes Dr. Leitmaier, im Beisein der Botanten l. l. Landesgerichtsräthe von Gariboldi und Ročevar, des Anklägers l. l. Staatsanwaltschubstituten Gerdesic, des Verteidigers Brolich und des Schriftführers Auscultanten Dr. Petritsch wurde die Hauptverhandlung wider Lukas Urantkar ob Verbrechens des Todtschlages durchgeführt.

Der Angeklagte gab ein thatsächliches Geständnis ab, leugnete jedoch die feindselige Absicht und schützte Nothwehr vor, da er sich vor Mißhandlungen seitens des Korosic schützen wollte.

Demungeachtet plaidierte der Ankläger für Schuldisprechung des Angeklagten, während Verteidiger Brolich auf Grund des Umstandes, daß der Angeklagte nicht beurtheilt werden konnte, ob er die Grenzen der Nothwehr überschreite, sich mit Wärme des Angeklagten annahm.

Die Geschwornen (Obmann Franz Kotnik) bejahten die erste auf Todtschlag gerichtete Frage einstimmig, jedoch mit Ausschluß der feindseligen Absicht und bejahten die auf Nothwehr zielende Zusatzfrage einstimmig, wonach der Angeklagte Lukas Urantkar von der Anklage wegen Verbrechens des Todtschlages freigesprochen und vom Kostenersatze losgezehlt wurde.

Wichtig für Viele!

In allen Branchen, insbesondere aber bei Bezug der allgemein beliebten Original-Pose rechtfertigt sich das Vertrauen einerseits durch anerkannte Solidität der Firma, andererseits durch den sich hieraus ergebenden enormen Absatz.

Von ganz besonderem Glanz begünstigt und durch ihre Pünktlichkeit und Reellität bekannt, wird die Firma Adolfs Haas & Co. in Hamburg jedermann besonders und angelegentlich empfohlen.

Theater.

Heute: Margarethel und Faustling. Komische Operette in 3 Abtheilungen von Julius Fopp.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung“.)

Wien, 21. Oktober. Der „Politischen Correspondenz“ zufolge genehmigte der Kaiser die Enthebung Wendheims vom ungarischen Ministerpräsidium, ernannte den Minister des Innern, Tisza, zum Ministerpräsidenten, welcher vormittags den Eid ablegte. Sämtliche Minister wurden bestätigt. Wendheim bleibt Minister am Hoflager. Das morgige Amtsblatt veröffentlicht die bezüglichen kaiserlichen Handschreiben.

München, 21. Oktober. Der Landtag wurde durch königliches Decret bis auf weiteres vertagt.

Haag, 21. Oktober. Graf Zuylen wurde zum holländischen Gesandten in Wien ernannt.

Telegraphischer Wechselfurs

vom 21. Oktober.

Papier = Rente 69.55. — Silber = Rente 74.10. — 1860er Staats-Anlehen 110.75. — Bank-Aktien 928. — Credit-Aktien 204. — London 113.30. — Silber 104.20. — R. l. Münz-Diplomaten 5.38. — Napoleons'or 9.07 1/2. — 100 Reichsmark 56.35

Handel und Volkswirtschaftliches

Mudolfswerth, 19. Oktober. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen per Megen	5	—	Eier pr. Stck.	—	11
Korn	4	—	Milch pr. Maß	—	10
Gerste	3	—	Rindfleisch pr. Pfd.	—	24
Hafer	1	80	Kalbsteisch	—	24
Halbfrucht	4	30	Schweinefleisch	—	18
Heiden	2	70	Schäpffenfleisch	—	80
Hirse	—	—	Gähndel pr. Stck.	—	—
Ruturuz	3	—	Lauben	—	1 80
Erbsen	1	40	Heu pr. Zentner	—	1
Linse	—	—	Stroh	—	7
Erbsen	—	—	Holz, hartes 32", Kst.	—	—
Hisolen	4	80	— weiches	—	10
Rindschmalz pr. Pfd.	—	50	Wein, rother, pr. Eimer	—	11
Schweineschmalz	—	38	— weißer	—	—
Speck, frisch	—	—	Leinsamen pr. Megen	—	1 10
Speck, geräuchert Pfd.	—	—	Hafen pr. Stck.	—	—

Angekommene Fremde.

Am 21. Oktober.

Hotel Stadt Wien. Herz, Renfer, Trinkl, Schuch, Neubauer, Krüdel, Kaufeute; Rappmann, Wotoway, Reisende, Wien. v. Besenel, l. l. Bezirkshauptmann, Littai. — Staras, Bürgermeister, Krainburg. — Lurga, Lepseny. — Mladic, Baumgattin, Stein. — Dr. Gellitich, Ministerialsecretär, Fiume.

Hotel Elephant. Kovacic, Laibach. — Frau Bergmann, Dobruja, Wien.

Wohren. Glaszer, Krainburg. — Semreter, Geschäftsmann, G. — Cerni, Kellner, Agram.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Ort	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Witterungsbezeichnung	Witterungsstärke
21. Okt.	6 U. Mg.	733.84	+ 6.2	NW. schwach	bewölkt	0.00
	2 „ N.	734.08	+ 11.7	NNW. schw.	bewölkt	—
	10 „ Ab.	735.65	+ 9.4	NW. schwach	bewölkt	—

Morgens und vormittags trübe, nachmittags theilweise gelichtet, abends bewölkt. Das Tagesmittel der Wärme + 9.0° um 1.5° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Für die herzliche Theilnahme und zahlreiche Begleitung auf dem Gange zur letzten Ruhestätte unserer lieben, theuren

Marie

sprechen wir allen unseren tiefgefühlten Dank aus.

Familie Prägl.

Börsenbericht.

Wien, 20. Oktober. Die Börse blieb misanthropisch und wurde gegen Schluß, als die Berliner Kurse eintrafen, entschieden flau.

	Geld	Ware
Rente	69.85	69.95
Februar	69.85	69.95
Jänner	74.05	74.15
April	74.05	74.15
Josef, 1839	267.7	270.0
1854	104.0	104.50
1860	111.25	111.70
1860 zu 100 fl.	117.0	117.50
1864	134.25	134.70
Domanen-Pfandbriefe	130.0	130.50
Prämienanlehen der Stadt Wien	103.0	103.50
Böhmen	100.0	101.0
Galizien	88.0	88.50
Siebenbürgen	78.75	79.25
Ungarn	81.50	81.80
Donau-Regulierungs-Lose	105.75	106.00
Ung. Eisenbahn-Anl.	101.50	101.75
Ung. Prämien-Anl.	79.0	79.25
Wiener Communal-Anlehen	91.70	91.90

Aktien von Banken.

	Geld	Ware
Anglo-Bank	100.20	100.40
Bankverein	78.0	79.0
Bankencreditanstalt	—	—

	Geld	Ware
Creditanstalt	205.60	205.80
Creditanstalt, ungar.	201.75	202.00
Depositenbank	—	—
Escomptobank	675.0	685.0
Francobank	3.0	30.50
Handelsbank	50.0	50.50
Nationalbank	928.0	929.0
Defferr. Bankgesellschaft	162.0	164.0
Unionbank	85.50	85.75
Verkehrsbank	81.0	82.0

Aktien von Transport-Unternehmungen.

	Geld	Ware
Alsbil-Bahn	121.0	122.0
Karl-Ludwig-Bahn	207.0	207.50
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	331.0	332.0
Elisabeth-Westbahn	167.0	167.50
Elisabeth-Bahn (Ring-Bandweiser Strecke)	—	—
Ferdinands-Nordbahn	1710.0	1715.0
Franz-Joseph-Bahn	157.0	157.50
Leob.-Graz.-J. Sossy-Bahn	138.50	139.00
Flod-B.-S.-B.	356.0	358.0
Defferr. Nordwestbahn	142.0	142.50

	Geld	Ware
Rudolfs-Bahn	124.0	124.75
Staatsbahn	277.0	277.50
Südbahn	102.0	102.25
Therz-Bahn	180.50	181.00
Ungarische Nordostbahn	114.50	115.75
Ungarische Ostbahn	45.25	46.00
Tramway-Gesellsch.	—	—

Baugesellschaften.

Allg. österr. Baugesellschaft	9.50	10.00
Wiener Baugesellschaft	17.25	17.50

Pfandbriefe.

Allg. österr. Bodencredit	99.40	99.60
ö. in 33 Jahren	89.25	89.50
Nationalbank ö. B.	96.65	96.75
Ung. Bodencredit	86.60	86.80

Prioritäten.

Elisabeth-B. 1. Em.	—	90.75
Ferd.-Nordb.-B.	102.20	102.40
Franz-Joseph-B.	92.0	92.25
Gal.-Karl-Ludwig-B., 1. Em.	—	—
Defferr. Nordwest-B.	—	91.50

	Geld	Ware
Siebenbürger	143.0	143.50
Staatsbahn	104.50	104.75
Südbahn à 3%	90.0	90.30
5%	224.0	224.50
Südbahn, Bons	—	—
Ung. Ostbahn	163.0	163.50

Privatlose.

Credit-L.	163.0	163.50
Rudolfs-L.	13.25	13.50

Wechsel.

Angsburg	94.60	94.70
Frankfurt	55.40	55.55
Hamburg	119.95	119.95
London	44.80	44.85
Paris	—	—

Geldsorten.

Ducaten	5 fl. 88	fr. 5 fl. 89
Napoleons'or	9 " 05	" 9 " 06
Preuß.-Kassenscheine	1 " 68	" 1 " 68 1/2
Silber	104 " 20	" 104 " 30

Krainische Grundentlastungs-Obligations Privatnotierung: Geld 95.00, Ware —